0,50 EUR

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesvereinigung Bremen der VVN - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

April / Mai 2017

Entschädigung für Völkermord?

„Ohh Porajmos", Völkerverschlingen, so heißt die Ausstellung des Landesvereins der Sinti in Hamburg, die noch bis zum 08. April im Wallsaal der Stadtbibliothek zu sehen ist. Auf 13 Tafeln hat **Boris Weinrich** den Völkermord an den Sinti und Roma in Auschwitz dargestellt. Die Gemälde werden erläutert, der Hintergrund des Völkermordes in einer ergänzenden Ausstellung des Bremer Landesverbandes deutscher Sinti und Roma deutlich. Am 01. März kamen weit über 60 Interessierte zur Eröffnung. Im Rahmen des Gedenkens an die Befreiung von Auschwitz werde eine der wichtigsten und sehr besonderen Ausstellungen dazu in der Stadtbibliothek gezeigt, sagte ihre Leiterin **Tina Echtendiek** in ihrer Begrüßung. **Arnold Weiß**, Vorsitzender des Landesvereins der Sinti in Hamburg, zeigte sich froh darüber, dass der Verfolgungsgeschichte dieser Minderheit gebührender Raum gegeben wird. Nach Ermordung einer halben Million Sinti und Roma in KZ sei die Erfassung und Ausgrenzung auch nach 1945 mithilfe der Erfassung in der bayrischen Landfahrerkartei fortgesetzt worden. Der Bremer Landesvorsitzende **Roberto Larze** dankte den Organisatoren der Ausstellung für ihre Arbeit. Verfolgung, Ausgrenzung und Diskriminierung kennt seine Familie nur zu gut. Bürgermeisterin **Karoline Linnert** schilderte erschütternde Beispiele einer abweisenden und widerwilligen Entschädigungspraxis bei Behörden und in Urteilen des Bundesgerichtshofs in den 50er und 60er Jahren. Eine Verfolgung aus rassischen Gründen vor 1943 wurde schlichtweg abgestritten. Die Nazidiktion „Kriminalpräventive Maßnahmen" wurde beibehalten. Auch nach einer grundlegenden Kehrtwendung des BGH 1963 dauerte es mehr als 50 Jahre bis zur Anerkennung der Gruppenverfolgung. Linnert würdigte die aufopferungsvolle Tätigkeit Ewald Hansteins, für die er das Bundesverdienstkreuz erhielt. (Seine Lebensgeschichte wurde am 09. März in einer Lesung von Ralf Lorenzen ausführlich gewürdigt).



Absprachen und erste Gespräche vor der Eröffnung

Höhepunkt der Ausstellungseröffnung war der Film „Dui Roma", die Geschichte unseres VVN-Kameraden und Sinto Hugo Höllenreiner, der in Begleitung des jungen Rom Adrian Gaspar noch einmal den Weg nach Auschwitz-Birkenau fährt und Ihm seine Erinnerungen als neunjähriger Junge an den Orten seiner Leiden zeigt. Eingegraben in seine Erinnerungen haben sich das Erleiden der Menschenversuche Mengeles. Und auch die Erschießung seines besten Freundes beim Ballspielen, als dieser dem Ball nachlief und dem Todeszaun zu nahe kam. Der Musiker Adrian Gaspar schuf aus dem Erlebten eine Symphonie, die Aufführung in Wien vereinte führende Musiker. Adrians Mutter **Iovanka Gaspar** produzierte die Begegnung in ihrem preisgekrönten Film Dui Roma. Zur Eröffnung am 01. März schilderte sie wie er zustande kam. Dank einer Spende ein Kameradin konnte die Bremer VVN-BdA sich die Vorführlizenz sichern und bietet Schulen an, den Film in Rahmen von Projekttagen zu zeigen.

Raimund Gaebelein

Die Kinder vom Bullenhuser Damm

Am 01. Februar wurde im Gustav Heinemann Bürgerhaus in Vegesack die Ausstellung „Die Kinder vom Bullenhuser Damm" eröffnet. Zur Eröffnung sprach Barbara Hüsing über ihre Recherchen zu den Schicksalen der Kinder, der anderen Opfer und über ihre Täter. Sie konnte berichten, dass es zu einem der Opfer neue Erkenntnisse gibt, die aber noch nicht in der Ausstellung verarbeitet sind.

Vor und nach der Eröffnung beindruckten SchülerInnen der Gesamtschule Lesum die Anwesenden mit einer szenischen Darstellung aus dem Stück „Die Kinder vom Bullenhuser Damm" von Günther Schwarberg. Sie stellten in ihrer Darbietung jedes der Opfer mit den bekannten Lebensdaten vor. Über die Täter wurden deren Werdegang und ihre Beteiligung an dem Verbrechen geschildert. Es war den SchülerInnen anzumerken, dass sie mit sehr viel Herz und Anteilnahme an dieser Aufführung gearbeitet haben.

Die Ausstellung selber ist eine gute Mischung aus Bild und Text. Es wird auch hier nicht nur von den Kindern und ihren Familien, sondern auch von den Tätern berichtet. Man konnte sie mit einer Kaffeepause in der Cafeteria an einem Vormittag gut besichtigen ohne sich überfordert zu fühlen. Sie endete am 24. Februar. Leider wurde sie schon am ersten Tag mit rechten Schmierereien beschädigt. Die Täter waren natürlich mal wieder nicht zu ermitteln.

Marion Bonk

Anschlag auf die Ausstellung

Am 01. Februar wurde in einem würdigen Rahmen die Ausstellung „Die Kinder vom Bullenhuser Damm" im Gustav-Heinemann Bürgerhaus eröffnet. Offensichtlich nur kurze Zeit später verübten Neonazis mit einem schwarzen Filzstift einen Anschlag auf die Stellwände der Ausstellung mit neofaschistischen Parolen wie „*Schluß mit dem Schuldkult!* [sic!]" Der Initiator und frühere langjährige Leiter des Bürgerhauses Gerd Meyer hat inzwischen Anzeige bei der Polizei erstattet.

Gerd-Rolf Rosenberger

Eine Hochzeit in Auschwitz

Am 18. März 1944 notiert ein Funktionshäftling in das Kalenderarium von Auschwitz: „Im Standesamt II Auschwitz wird eine Ehe zwischen dem österreichischen Häftling Rudolf Friemel (Nr.25713) und der französischen Staatsangehörigen Margarita Ferrer Rey geschlossen. Im Foto-Atelier, das sich im Block 26 des Stammlagers befindet, macht man für sie ein Erinnerungsfoto. Für einen halben Tag wird Ihnen der erste Stock vom Block 24 A zur Verfügung gestellt. Am nächsten Tag verlässt Margarita Ferrer Rey zusammen mit ihrem Sohn das Lager“ und fährt zurück nach Wien, begleitet von ihren Schwiegereltern. Diese Eheschließung im KZ Auschwitz blieb die einzige in der Geschichte des Standesamtes im Lager.

Rudolf Friemel (1907-1944), ein österreichischer Sozialist, hat in den Internationalen Brigaden in Spanien gekämpft, wo er die Spanierin Marguerita Ferrer Rey kennenlernte und heiratete. Er hat mit ihr einen Sohn. Margarita Ferrer Rey verlässt 1939 Spanien und hält sich in Frankreich auf. Da die deutschen Behörden ihre Ehe nicht anerkennen, bemühen sie sich lange um die Genehmigung zu einer nochmaligen Eheschlie- ßung, die sie schließlich erhalten. Und das ausgerechnet in Auschwitz. Ein Konzentrationslager mit einem angegliederten Vernichtungslager (Birkenau) und einem Zwangsarbeiterlager für die IG Farben (IG Auschwitz/Buna). Wie jede Großstadt im damaligen Großdeutschen Reich konnte dieses Großlabor der Vernichtung der europäischen Juden neben Bibliotheken, Orchestern und Krankenhäusern auch auf ein Standesamt zurückgreifen.

Rudolf Friemel zählte als Funktionshäftling mit Hermann Langbein zu den sog. „Prominenten“ unter den KZ-Häftlingen. Er arbeitete im KZ Auschwitz im Fahrbereitschaftskommando und gehörte der Leitung der Kampfgruppe Auschwitz an, einer der erfolgreichsten Widerstandsgruppen in den deutschen KZs. Er wurde am 30. Dezember 1944 im KZ Auschwitz nach einem vergeblichen Fluchtversuch gehängt.
Über diese heute eher vergessene einzige Hochzeit in Auschwitz berichtet schon Hermann Langbein in seinem 1947/48 verfassten „Bericht aus Auschwitz und andern Konzentrationslagern“ (Die Stärkeren, Wien 1949, Köln 1982,S. 210). Und Erich Hackl, dem Österreichischen Schriftsteller und intimem Kenner des Spanischen Bürgerkriegs, verdanken wir „das ambitionierteste Projekt von Hackels bisheriger schriftstellerischer Laufbahn“ (Ruth Klüger): Die Erzählung über „Die Hochzeit von Auschwitz. Eine Begebenheit, 2002 veröffentlicht im Diogenes-Verlag Zürich. Er stützt sich dabei auf Erinnerungen von Marina Ferrer, Edouard und Norbert Friemel und von Spanienkämpfern, die wie Hans Landauer, Leopold Spira oder Hermann Langbein Dachau und Auschwitz überlebt haben.

Hermann Langbein, der 1912 in Wien geborene einstige Schauspieler am Deutschen Volkstheater, ging nach seiner Flucht über die Schweiz und Frankreich 1938 nach Spanien und war dort ein Mitglied der Internationalen Brigaden. Er wurde mit Friemel nach der Internierung in den französischen Lagern Gurs und Le Vernet 1942 über Dachau nach Auschwitz deportiert und erlebte das Ende des Krieges in Bremen. Hier arbeitete er vom 25. August bis zum 12. Oktober 1944 bei den Borgward-Werken, zwangsverpflichtet unter der Nr. 48-1-35 in diesem Nebenlager von Neuengamme zur Herstellung von Kleintanks für die letzten „Wunderwaffen“ Hitlers. Untergebracht wurden die KZ-Häftlinge im dritten Stock des Fabrikgebäudes. Der letzten Deportation vom Stammlager Neuengamme auf die Cap Arcona, dem schwimmenden KZ an der Ostseeküste bei Neustadt, entging er durch die Flucht. So gehörte Hermann Langbein nicht zu den 8.000 Toten vom 03. Mai 1945 als Folge der Bombardierung der Schiffe durch die RAF. Ein Ereignis, das mich, den damals 8-Jährigen als einen der Zeitzeugen dauerhaft prägte und bis heute belastet.

Es waren, und das lassen Sie mich hinzufügen, zwei Bremer Linke, Fritz Hallerstede und Hans Frölich, die entgegen dem Befehl der SS damals den Mut aufbrachten, mit ihrem Boot 11 KZ-Häftlinge am 03. Mai 1945 vor dem Ertrinken in der Ostsee zu retten. Der Pädagoge Robert Alt, nach 1945 einer der zentralen Bildungspolitiker der DDR, verfasste als Überlebender dieser Schiffskatastrophe zu diesem Rettungsakt einen Handzettel für die beiden Bremer, die so von den einrückenden britischen Truppen vor der Verfolgung durch die SS gerettet wurden.

Jörg Wollenberg

Freibrief für rechte Hetzer

Nirgendwo dürfte die Freude über den Freibrief des Bundesverfassungsgerichts für die NPD größer gewesen sein als bei der AfD. Damit ist endgültig sichergestellt, dass die „Alternative für Deutschland“ mit einer starken Fraktion in den nächsten Bundestag einziehen wird. Verfassungsfeindliche rechtspopulistische Hetze hat jetzt den Segen des höchsten deutschen Gerichts, so lange es bei Worten bleibt. Das ist die Quintessenz der Entscheidung, die rechtsextremistische Nationaldemokratische Partei Deutschlands nicht zu verbieten.

Einer der ersten, der den Rückenwind aus Karlsruhe zu nutzen wusste, war der Thüringer Landesvorsitzende Björn Höcke. Seine Forderung, mit der *„dämlichen Bewältigungspolitik“* Schluss zu machen und eine *„erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“* vorzunehmen, gab den Blick frei in die Seelenabgründe der vermeintlich braven Bürger, die in der AfD eine politische Heimat gefunden haben. Vielen von ihnen war das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin, an dem Höckes Zorn sich entzündete, seit jeher ein Dorn im Auge. Auf einer Veranstaltung der Jungen Alternative in Dresden sagte er: *„Wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.“*

Pflichtschuldig entsetzten sich wieder einmal alle, die einst begeistert Beifall geklatscht haben, als Martin Walser in seiner unrühmlichen Paulskirchenrede mit Blick auf die deutsche Erinnerungskultur von einer *„Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken“* sprach, nachdem er bereits in der Planungsphase für die Berliner Gedenkstätte Hohn und Spott über den *„fußballfeldgroßen Albtraum im Herzen der Hauptstadt“* ausgegossen und das Mahnmal als *„Kranzabwurfstelle“* verhöhnt hatte.
Wo leben die Karlsruher Richter eigentlich, dass sie nicht wahrnehmen, was sich in unserem Lande zusammenbraut. Wann immer es darauf ankam, den rechten Hetzern ihre Grenzen aufzuzeigen, haben sie das Grundgesetz zu ihren Gunsten ausgelegt und sich den Teufel darum geschert, ob das die Opfer des Naziterrors beleidigt. 2004 machte das Bundesverfassungsgericht der NPD sogar den Weg frei für eine Kundgebung gegen die finanzielle Unterstützung eines Synagogenbaues durch die Stadt Bochum. Die Veranstaltung war von der örtlichen Polizei und dem zuständigen Oberverwaltungsgericht verboten worden. Die NPD wandte sich an Karlsruhe und bekam von dort grünes Licht. Einstimmig entschied der erste Senat, ein Verbot könne nicht auf die Annahme gestützt werden, „dass Versammlungen mit demonstrativen Äußerungen neonazistischer Meinungsinhalte...zum Schutz der öffentlichen Ordnung verboten werden können, wenn die Schwelle zur Strafbarkeit im Einzelfall nicht erreicht“ sei. Das Grundrecht der Meinungsfreiheit sei ein Recht auch zum Schutz von Minderheiten. Seine Ausübung dürfe nicht unter den Vorbehalt gestellt werden, *„dass die geäußerten Meinungsinhalte herrschenden sozialen oder ethischen Auffassungen nicht widersprechen“*. (1 BvQ 19/04).

Damit stellte das Gericht das Recht der NPD auf freie Meinungsäußerung über das Recht der Opfer des Naziterrors, vor den Schmähungen der Neonazis geschützt zu werden. Ähnlich verhält es sich jetzt mit der Ablehnung des Verbotsantrages gegen die Nationaldemokratische Partei. Was die Bundesländer an Argumenten ...

weiter geht es auf Seite 3

Gedenkformen neu hinterfragen



Die Dimension des Lagerkomplexes erfassen

Zwei Veranstaltungen in der zweiten Februarhälfte boten reichlich Diskussionsstoff für die weitere Erinnerungsarbeit. In der Bremischen Bürgerschaft schilderte **Dr. Christel Trouvé** unterstützt von Filmemacher **Henry Friedel** am 16.02. sehr anschaulich die Begegnungsarbeit mit den Einwohnern Murats, einer Kleinstadt im französischen Zentralmassiv. Nach Landung der Alliierten in der Normandie durchkämmte die Waffen-SS von St. Flour aus das Zentralmassiv, um die immer aktiver werdende französische Widerstandsbewegung aufzuspüren. Besonders hervorgetan bei den Verhören hatte sich Sicherheitspolizeichef Hugo Geissler, der mit 12 weiteren Waffen-SS'lern und drei Milizionären am 12. Juni 1944 bei einem Gefecht mit 75 in die Stadt eindringenden Widerstandskämpfern getötet wurde. Am 24. Juni wurden 120 Männer aus Murat als Geiseln festgenommen und über Compiègne ins KZ Neuengamme und seine Außenkommandos wie Farge deportiert. 80 von ihnen kehrten nie wieder zurück. Juni 2012 erst wurde für sie ein Denkmal im Skulpturenpark in Neuengamme enthüllt. Ein Jahr länger dauerte es, bis erstmals ein offizieller deutscher Vertreter an den Gedenkfeiern in Murat teilnahm: Bremens Bürgerschaftspräsident Christian Weber.

Das offizielle Gedenken in Frankreich und Belgien folgt einem starren Ritual: Messe, Gang zum Mahnmal auf dem Friedhof, Militäruniformen, Ansprache des Bürgermeisters, Fahnensenken zu Ehren der Toten, Nationalhymne, Kranzniederlegen. Die Erinnerung verharrt im Gedenken. Jüngere Generationen geraten in einen wachsenden Zeitabstand zum Geschehen. Dabei ist so gut wie keine Familie ausgespart worden bei den Deportationen. Das Schweigen in den Familien über lange Jahre erklärt sich sicher auch aus der Scham erniedrigt worden zu sein, der Scham überlebt zu haben angesichts der hohen Todesrate. Das Grauen des Lagers ist nur ansatzweise zu vermitteln. Die familiären Besonderheiten, die Geiselnahme anstelle eines Gesuchten, der durch die Umstände bedingte viel zu frühe Tod jüngerer Familienmitglieder, und der Versuch, einen Platz im Leben wieder einzunehmen, ließen es nicht zu, offen in der Familie zu sprechen.

Vermittlungsprobleme gegenüber Nachwachsenden schilderte auch Gedenkstättenleiter **Andreas Ehresmann** zwei Tage später bei einem Besuch in Sandbostel. Die Sonderausstellung „Perspektivenwechsel – Gefangene hier, Gefangene dort" führten gut zwei Dutzend BesucherInnen in Begleitung von Birgit Menz in die konkreten Bedingungen von Unterbringung, Verpflegung, Lagerbedingungen, Arbeitsalltag in Sandbostel ein. Bilder und Hörstationen gaben die individuellen Erfahrungen französischer und deutscher Kriegsgefangener wieder. Anschließend führte uns Andreas Ehresmann über das Lagergelände zur Dauerausstellung. Das Lager Sandbostel ist phasenweise entstanden und eigentlich sind es vier unterschiedliche, voneinander getrennte Lager: Mannschafts-, Offiziers-, Marinelager und KZ. Zur Wahrheit gehört auch die Nachnutzung als Internierungslager für SS-Leute nach der Befreiung, als Erstaufnahme für Umsiedler, als Auffanglager für jugendliche DDR-Flüchtlinge 1952/63. Wenige Gebäude gehörten zum ursprünglichen Kriegsgefangenenlager, die Kirchen wurden für die Heimatlosen und Flüchtlinge gebaut, die Baracken zu unterschiedlichen Zeiten, zu 60% überformt. Manches an Einrichtung ist erst als Filmkulisse entstanden. Der Wunsch vieler, vor allem jugendlicher Besucher, die Lage der Gefangenen nachvollziehen zu können, muss Illusion bleiben. Wie kann der unheimliche Gestank nachvollzogen werden, die Hoffnungslosigkeit mancher Gefangener, das Warten auf die Heimkehr, die völlige Entkräftung der sowjetischen Kriegsgefangenen oder der KZ-Häftlinge, die sich selbst überlassen blieben?

Andreas Ehresmann betonte die Notwendigkeit, Situation und individuellen Schicksale authentisch zu vermitteln. Während die Angaben zu den Todeszahlen auf dem Friedhof nach der Befreiung überhöht angegeben wurden, seien sie während des Kalten Krieges bewusst heruntergespielt worden. Mithilfe in Projekten freiwillig mitarbeitender Jugendlicher werden nun anhand von Meldekarten individuelle Biographien herausgearbeitet und Erinnerungsziegel gebrannt.

Wilhelm Henkel

Freibrief

... zusammengetragen hatten, um deren Verfassungsfeindlichkeit zu belegen, schoben die Richter des zweiten Senats unter Leitung des Gerichtspräsidenten Andreas Voßkuhle einstimmig mit großer Geste beiseite. Ja, die NPD sei verfassungsfeindlich und dem Nationalsozialismus wesensverwandt aber doch ungefährlich. Zwar arbeite sie auf die Beseitigung der bestehenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung hin, aber es fehle „an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die es möglich erscheinen lassen, dass dieses Handeln zum Erfolg führt." (2 BvB 1/13).

Von so viel Nachsicht konnten andere nur träumen. Die Kommunistische Partei Deutschlands wurde 1956 verboten, obwohl sie politisch bedeutungslos war und ihr Wortgedröhn vom „revolutionären Sturz des Adenauerregimes" niemanden ernsthaft beunruhigte. Das KPD-Verbot war politisch gewollt. Die Gegner der umstrittenen Wiederbewaffnung konnten damit über die Reihen der Partei hinaus kriminalisiert und mundtot gemacht werden. An einem Verbot der NPD scheint die Große Koalition unter Einschluss der SPD nicht sonderlich interessiert gewesen zu sein. Regierung und Bundestag beteiligten sich erst gar nicht am Verbotsantrag der Länder, obwohl sie die Erfolge der Rechtspopulisten als Menetekel vor Augen hatten. Jetzt müssen sie sich vom Internationalen Auschwitz-Komitee sagen lassen, die Überlebenden des Holocaust empfänden den Verzicht auf ein NPD-Verbot als eine „empörende und erschreckend realitätsferne Entscheidung". Wehret den Anfängen, gaben die Schöpfer des Grundgesetzes der jungen Demokratie nach dem Ende der Naziherrschaft auf den Weg. Schnee von gestern? Mitnichten. Inzwischen lehrt ein ganz Anderer die Welt das Fürchten.

Conrad Taler

Im nächsten BAF wird Ulrich Stuwe das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) in Sachen NPD-Verbot noch näher beleuchten. Die Quintessenz des Urteils ist, dass die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) eine antidemokratische, rassistische und neofaschistische Partei ist, die planmäßig und zielgerichtet die Beseitigung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtstaat betreibt, aber sie ist nicht bedeutend genug um sie zu verbieten. Eine Logik, die zu folgen "normal" denkenden Bürgern sehr schwer fällt.

An Forderungen und Ziele erinnern



Das Gedenken musikalisch unterstützt vom Roten Krokodil

Wir wollen heute mit unserem Gedenken sowohl an die Verteidiger der Räterepublik als auch an die Forderungen und Ziele der Bremer Räterepublik erinnern. Und ich möchte einen Bogen spannen, von den Räten 1918/1919 zu den Betriebsräten 2017, und dabei über das Thema „betriebliche Interessenvertretung“ hinausgehen. Ihr kennt bestimmt alle das Sozialpolitische Programm vom Arbeiter- und Soldatenrat, welches jedes Jahr wieder auf dem Flyer zu finden ist.
(...)

Der Machtanspruch der direkt gewählten Räte erstreckte sich nicht nur auf den Bereich der Betriebe, sondern mit der Machtübernahme durch den Arbeiter- und Soldatenrat und der in der Folge am 10.01.1919 ausgerufenen Räterepublik auch auf die Regierung. Die Ausrufung der Räterepublik war eine logische Konsequenz und eine Fortsetzung der von Liebknecht ausgerufenen Sozialistischen Republik Deutschland, aber auch Kampfansage an die Errichtung der Weimarer Republik als repräsentative Demokratie, in der die Bevölkerung letztlich nur ihre Stimme bei Wahlen abgeben sollte. Die mehrheitliche Zustimmung zur Abhaltung von allgemeinen Wahlen in Bremen innerhalb des Arbeiter- und Soldatenrats am 21. Januar war die eigentliche politische Kapitulation der Räte bereits vor der militärischen Niederschlagung. Diese konnte auch durch Verhandlungen mit Angeboten zum Rücktritt der Regierung inklusive Entwaffnung der Arbeiter nicht mehr verhindert werden, Gustav Noske leitete entsprechende Informationen an seine Kabinettskollegen nicht weiter. Sowohl Sozialdemokraten als auch Kaufleute hatten das Militär in Berlin angefordert; nach der Wahl im März gab es die konsequente Koalition zwischen der SPD und den bürgerlichen Kräften.

Ein Ende der Kämpfe um die Durchsetzung der Forderungen aus den Betrieben gab es nun nicht, sondern sie gingen weiter. Nun kamen zu sozialpolitischen Forderungen noch Forderungen wie die Freilassung der Verhafteten, Unterstützung der Hinterbliebenen der Opfer oder die Aufhebung des Belagerungszustands. Der Widerstand der Bremer Arbeiter war nicht gebrochen. Am 5. Februar wurde die Weserwerft von den Truppen besetzt, der Arbeiterrat abgesetzt und die rote Fahne eingeholt. Bereits am nächsten Tage wehte die rote Fahne wieder über der Werft: Die Belegschaft hatte die Wiedereinsetzung des Arbeiterrats, den Abzug der Truppen vom Werftgelände und die Bezahlung des Streiktags durchsetzen können.
Durch Vertrauensleute der bremischen Großbetriebe wurde der sogenannte „21er-Ausschuß“ gegründet. Es gelang dem Ausschuss einen Generalstreik zu organisieren, der dazu führte, dass die Mehrzahl der wegen der Beteiligung an der Räterepublik festgenommenen Arbeiter und Matrosen am 06. März 1919 entlassen wurde. Am 13. April 1919 forderte der Ausschuss die Befreiung der verbliebenen Gefangenen und die Aufhebung des Ausnahmezustandes. Ein zweiter Streik, um diese Ziele durchzusetzen, begann dann zwei Tage später. Der Streik führte zu einem vor allem durch das bürgerliche Lager und die Regierung getragenen „Abwehrstreik“. Alle bremischen Betriebe und Behörden folgten diesem Streikaufruf, mit Ausnahme des Sicherheitsdienstes, des Elektrizitätswerkes und der Feuerwehr. Das Wirtschaftsleben Bremens kam völlig zum Erliegen. Krankenhäuser, städtische Versorgungsbetriebe und Lebensmittelläden blieben geschlossen, sogar das Wasserwerk stellte den Betrieb ein. Auch aufgrund des Widerstands im Kleinbürgertum wurde der Streik nach kurzer Zeit beendet. Am 26. April nahmen das Elektrizitätswerk und die Straßenbahn die Tätigkeit wieder auf, am 29. April wurde mit der Wiederaufnahme der Arbeit im Gaswerk der Streik beendet. Die Zeit dieser Auseinandersetzung blieb als „Stacheldraht-Ostern“ in der Erinnerung. Die Bezeichnung „Stacheldraht-Ostern“ ist auf die Errichtung von Drahtverhauen an Straßenkreuzungen zurückzuführen. Der Generalstreik wurde dann mit einem Teilerfolg beendet. Einige soziale Reformen aus der Räterepublik, wie Steigerung der Erwerbslosenfürsorge und Arbeitszeitverkürzung, wurden beibehalten.

Ich bin seit vielen Jahren Betriebsratsvorsitzender und mir ist bewusst, dass es einen roten Faden gibt, der von der Rätebewegung bis hin zu den heutigen Betriebsräten reicht. Als Folge der Rätebewegung ist das im Artikel 165 der Weimarer Verfassung modifizierte dreistufige Rätesystem anzusehen, das 1. Betriebsarbeiterräte, 2. nach Wirtschaftsgebieten gegliederte Bezirksarbeiterräte und 3. einen Reichsarbeiterrat vorsah. Eine praktische Relevanz erhielt jedoch allein der mit dem am 04. Februar 1920 erlassenen Betriebsrätegesetz für alle Betriebe mit mindestens zwanzig Beschäftigten vorgeschriebene Betriebsrat. In der Weimarer Republik wurde unter dem Schlagwort der "Wirtschaftsdemokratie" von den Gewerkschaften diskutiert, die Kompetenzen der Betriebsräte zu einer Produktionskontrolle zu erweitern und auf diesem Wege eine sozialistische Transformation einzuleiten. Im Faschismus wurden durch das Arbeitsordnungsgesetz von 1934 alle betriebsrätlichen Aktivitäten verboten. Die Alliierten haben diese mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 22 vom 10. April 1946 wieder erlaubt, und 1952 gab es dann das Betriebsverfassungsgesetz. Rechte werden i.d.R. erkämpft und nicht geschenkt, daher gäbe es ohne die Rätebewegung und nachfolgende Kämpfe auch das bescheidene heutige BetrVG nicht.

Die Zielrichtung der Aktivitäten eines BR soll immer das Agieren innerhalb seines Betriebes sein, d.h. nicht wirtschaftlich, nicht auf fremde Betriebe und schon gar nicht gesellschaftlich. Einige Sphären im Betrieb sind ganz außer Reichweite der Wirkung der Betriebsräte, in vielen Bereichen gibt es umfassende Informationsrechte – und mehr nicht. Selbst die höchste Form der Mitbestimmung der Betriebsräte in sozialen Fragen ist eher passiv, also verläuft über die Ablehnung von Anfragen des AG. Initiativ werden kann man nur selten. ABER: Wir können uns für die Mitarbeiter stark machen, sie stark machen und kleinere Erfolge erzielen. Für die Durchsetzung von Forderungen, die über das BetrVG hinausgehen, haben wir uns auch noch sinnvollerweise über den Betrieb hinaus in der IG Metall organisiert.

Warum sind Betriebsräte in einigen – aber nicht allen! - Unternehmen so „beliebt“? Weil die Betriebsräte einerseits als „Blitzableiter“ für Probleme der KollegInnen dienen: „Beschwere Dich doch bei Deinem Betriebsrat!“ heißt es dann; und andererseits ist es für den AG auch möglich, bestimmte Anliegen über den BR mittels Betriebsvereinbarungen oder Zustimmung des BR erfolgversprechender gegenüber den KollegInnen durchsetzen zu können. Es bleibt festzuhalten, dass die heutigen „Räte in den Betrieben“ zwar nicht nur dem Namen nach etwas mit der Rätebewegung und der Räterepublik gemein haben, aber von den ...

weiter geht es auf Seite 5

In den Tod getrieben

Drei Stolpersteine wurden am 02. Februar in Bremen verlegt. Drei unterschiedliche Schicksale, denen eines gemeinsam ist: Sie wurden Opfer faschistischen Machtwahns.

Dr. Friedrich Dreyer wurde April 1883 in Wiesbaden geboren. Sein Vater Ludwig stammte aus der Pfalz, war Kaufmann, erwarb sein Vermögen im Diamantenhandel, konvertierte zum evangelischen Christentum, ließ sich in Wiesbaden nieder und erwarb die preußische Staatsbürgerschaft. Er änderte den Familiennamen Dreyfus in Dreyer. Ludwig und Ida Dreyer hatten fünf Kinder, die drei Söhne wurden Juristen. Friedrich Dreyer wurde Verwaltungsbeamter in der Steuer- und Finanzverwaltung. Im Ersten Weltkrieg erhielt er das Eiserne Kreuz II. Klasse. Er heiratete die Tochter des Kunstmalers Carl Christian Schmidt. Bis 1933 war er in Schwerin tätig, der Oberregierungsrat wurde 1934 nach Bremen versetzt, bald darauf beurlaubt und Ende 1935 in den Ruhestand versetzt. In die Schweiz konnte der seit dem Krieg schwer Lungenkranke nicht gehen, da seine Ruhebezüge dorthin nicht gezahlt würden. Die Zwangsabgabe für die Schäden 0der Nazis am 9. November musste auch er zahlen. Sein Bruder Wilhelm kam im KZ Buchenwald ums Leben. Auch er hatte das Eiserne Kreuz II. Klasse.

Dr. Friedrich Dreyer hielt dem immer stärker werdenden Druck nicht stand und wählte einen Tag vor Heiligabend den Freitod. Er wurde nur 55 Jahre alt. Deutlich mahnte Bürgermeisterin **Karoline Linnert**, dass dieses Schicksal Bürger wie Behörde keine Ruhe lassen dürfe. Sein Tod müsse Mahnung sein, *„wachsam und mutig dem Wiedererstarken von völkischem Gedankengut und menschenfeindlichen Parolen entgegenzutreten, und rassistischen und neonazistischen Haltungen keinen Raum zu geben!“*



Der Name Matthäi ist noch heute im Diemelweg bekannt

Robert Dorsay wurde August 1904 als **Robert Stampa** in Bremen geboren. Seine Eltern Paul und Doris Stampa traten als Kabarettisten des „Überbrettl“ im Tivoli-Theater am Hauptbahnhof auf. Robert Dorsays Theaterkarriere begann Ende der Zwanziger Jahre in München. Am mindestens 35 Filmen wirkte er mit. Am 31. März 1943 schrieb er als rekrutierter Soldat aus Ostpreußen den fatalen Brief an seinen Freund Eddy Hasse in Berlin: *„Wann ist endlich Schluß mit dieser Idiotie (...) Die ganze Sache wird immer lächerlicher (...)“* Auf Goebbels Betreiben kam er in Untersuchungshaft, wurde zunächst zu zwei Jahren Zuchthaus, dann mit dem Tode bestraft. „Öffentlich“ habe er „den Willen des deutschen Volkes (...) zu zersetzen versucht.“ Mit einem persönlichen Brief an einen Freund. Am 29.10.1943 fiel sein Kopf in Plötzensee. Sein Name wurde aus allen Film-Vorspannen entfernt.

In „Klein-Mexiko“ gedachten mehr als ein Dutzend Nachbarn, frühere Bewohner, Mitglieder unserer VVN-BdA und des Vereins „Erinnern für die Zukunft“ des Arbeiters **Hermann Matthäi**. Seit Juli 1928 lebte er im Diemelweg 6. Wegen Verteilung illegaler Schriften, illegaler Kassierung und Verteilung von Lebensmitteln wurde er im Juni 1935 von der Gestapo verhaftet und in die Ostertorwache gebracht. “*Nach ca. 6 Wochen Haft konnten wir Angehörige unseren Bruder tot abholen*”, erklärte seine Schwester Bertha später. Seine Kleidung wurde ihr nicht ausgehändigt. Er habe sich in seiner Zelle erhängt, hieß es. Bezweifelt wurde das von den Bürgen im Wiedergutmachungsverfahren, die den Gestapomann Herrlein für den Tod Matthäis verantwortlich machten. Der Bestattungsunternehmer Schomaker konnte lediglich feststellen, dass Hermann Matthäi gewaltsam ums Leben kam.

Wilhelm Henkel

Rückblick und Vorschau

Eine der ersten Veranstaltungen des neuen Jahres war die Durchführung der Landesmitgliederkonferenz unserer bremischen VVN-BdA. In den Räumen der Geschichtswerkstatt trafen sich achtzehn Personen um die vergangenen zwei Jahre Revue passieren zu lassen, einen Ausblick auf die Arbeit der kommenden Monate zu gewinnen und die satzungsmäßig notwendigen Wahlen durchzuführen.

Vor der Versammlungseröffnung durch Raimund Gaebelein, stellte Marion Bonk die Versorgung der Anwesenden mit Getränken und Gebäck sicher. Anschließend wurden die Regularien von der Tagesordnung bis zur Versammlungs- und Wahlleitung durch Moni Eichmann festgelegt. Raimund erinnerte an unsere in den letzten zwei Jahren verstorbenen Mitglieder.

Im inhaltlichen Schwerpunkt erläuterte Ulrich Stuwe den aktuellen Stand der Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“ und Ausstellung „Der Arm der Bewegung“, die sich beide gegen die „Alternative für Deutschland“ (AfD) richten. Die anschließende Diskussion ergab eine Arbeitsgruppe, die sich bei uns mit der AfD auseinandersetzen will.
Raimund hielt einen reichhaltig bebilderten Rechenschaftsbericht über unsere Aktivitäten im letzten Jahr. Regine Albrecht schilderte im Kassenbericht eine positive Kassenlage, was für die Mitgliederzahl aber leider nicht so gilt. Nach der Entlastung des Vorstandes, wurden dann die Organe unserer Landesvereinigung neu gewählt. Das bewährte Team aus Raimund (Vorsitzender), Marion (stellvertretende Vorsitzende) und Regine (Kassiererin) blieb erhalten. Der übrige Landesvorstand konnte erfreulicherweise durch Wolfgang Brauer verstärkt werden.

Ulrich Stuwe

Forderungen und Ziele

... Zielen und Forderungen der damaligen Räte sehr weit entfernt sind! Wichtigste Gemeinsamkeit bis heute: Räte werden von allen Beschäftigten in den Betrieben direkt gewählt!!

Wie aktuell die Forderungen von damals sind zeigt die Forderung aus dem November 1918 nach der täglichen Arbeitszeit von 8 Stunden. Fast 99 Jahre später, im Jahre 2017, sind die 8 Stunden in der Mehrheit der Tarifverträge enthalten und immer noch nicht weniger! Im öffentlichen Dienst wurde die Arbeitszeit im Laufe der letzten Runden sogar noch erhöht. Und viele von uns arbeiten unbezahlt oder auch bezahlt noch länger als vereinbart!

Daher ist unsere Forderung nach der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich eine logische Fortführung der Forderungen aus dem Aktionsprogramm der Räterepublik und so aktuell wie nie.

Ingo Schumann

Termine April/Mai 2017

Regelmäßige Termine

Treffen Bremer Friedensforum: jeden **ersten Donnerstag im Monat um 18:30 Uhr** in der Villa Ichon, Goetheplatz 4
Jeden Donnerstag, 17:00 bis 18:00 Uhr, Mahnwache Bremer Friedensforum, Marktplatz
Jeden dritten Freitag im Monat, 12:00 bis 13:00 Uhr, Mahnwache gegen die Rüstungshochburg Bremen an der Domsheide (in Höhe von Hausnummer 8)

Jeden Freitag, 17:00 Uhr, Kundgebung der "Nordbremer Bürger gegen Krieg", Bremen-Vegesack, Gerhard-Rohlfs-Straße / Breite Straße
Weitere Termine aus der Friedensbewegung: http://www.friedenskooperative.de/termine.htm

An jedem ersten Sonnabend im Monat gibt es in der Kunsthalle **ab 14:00 Uhr** für Geflüchtete mit Begleitung freien Eintritt. Wechselnde Themen, Übersetzung (nach vorheriger tel. Anfrage) arabisch, farsi, engl., frz. Nach der Stunde Führung kann bis Ende der Öffnung dageblieben werden.
Das Gleiche gilt für **den letzten Dienstag** im Fockemuseum. Vorher bitte anrufen, auch wegen der Sprachen.

„Ohh Porajmos“

Am 05. April berichtet Richard Gauch (BI Leipzig Korrektiv) **um 19:30 Uhr** in der Buchte der Naturfreundejugend, Buchtstraße 14/15, über die Lage der Roma in Ungarn.

Ostermarsch

Demonstration und Kundgebung in Bremen **am Samstag, den 15. April 2017, um 11:00 Uhr** Auftakt am Hauptbahnhof, **um 12:00 Uhr** Kundgebung auf dem Marktplatz

Kriege machen die Welt nicht sicherer, sondern produzieren unendliches Leid, sind Hauptgrund für Fluchtbewegungen und sind der Nährboden für Terrorismus. Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien verdeutlichen das. Deutschland ist an dieser Entwicklung maßgeblich beteiligt, u.a. durch seine Militäreinsätze in 15 Staaten, seine Rüstungsexporte in Kriegsgebiete und die von ihm mitbetriebene Militarisierung der EU.

Forgotten Hero of Bunker Valentin

Am 26. April um 14:30 Uhr stellen Harry Callan und seine Tochter Michele vor Schülerinnen sein Buch "Forgotten Hero of Bunker Valentin" in der Oberschule an der Egge vor. Harry Callan ist einer der wenigen noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeiter, die den U-Boot-Bunker Valentin im Bremen-Farge errichten mussten. Er berichtet im Buch u.a. über seine Zeit als irischer NS-Zivilgefangener in Deutschland zwischen 1939 - 1945.
Um 17:00 Uhr startet dann in Anwesenheit von Harry Callan vom Mahnmal des Denkortes Bunker Valentin aus der traditionelle Harry-Callan-Lauf mit Schülerinnen der Oberschule an der Egge.

Amicale Belge de Neuengamme

Donnerstag, 04. Mai um 10:00 Uhr auf Bahrs Plate ein gemeinsames Gedenken von VVN-BdA und 16 Angehörigen der Amicale Belge de Neuengamme, anschl. Bunker Farge und Denkort Schützenhof (**13:00 Uhr**).

Amicale Française de Neuengamme

Samstag, 27. Mai um 14:00 Uhr am Bunker Farge ein gemeinsames Gedenken von VVN-BdA und Angehörigen der Amicale Française de Neuengamme, anschl. Denkort Riespott (**17:00 Uhr**).

www.vvn-bda.de



"Der Bremer Antifaschist", kurz BAF, ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA) und erscheint zweimonatlich.

Wir sind Am Speicher XI Nr. 9, 28217 Bremen, erreichbar.

Beim BLG-Forum - nicht im Speicher XI

Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: bremen@vvn-bda.de
Internet: www.bremen.vvn-bda.de

Montag: 15:00 - 17:00 Uhr
Donnerstag: 15:00 - 17:00 Uhr

In den Schulferien finden Bürostunden nur auf Anfrage statt (siehe Stadtrundgänge).

Für die Unterstützung unserer Arbeit:
Die Sparkasse in Bremen
BIC: SBRE DE 22 xxx
IBAN: DE06 29050101 000 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder über unser Büro (0421-382914 bzw. bremen@vvn-bda.de) oder über Raimund Gaebelein (0421-6163215 bzw. 0176/49865184) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich **am zweiten Donnerstag des Monats um 15:30 Uhr**.

Der Landesvorstand trifft sich **am letzten Donnerstag des Monats um 18:00 Uhr**

Die Sitzungen sind natürlich mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder. **Im Internet sind zum Teil weitere Artikel, die nicht im BAF stehen.**

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Mich interessieren folgende Themen:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Rassismus
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Erinnerungsarbeit

- o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- o Ich bin bereit einzelne Aktionen zu unterstützen.
- o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- o Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise / regelmäßig beziehen.

Name ______________________________

Straße ______________________________

PLZ, Ort ______________________________

Bremen, den ______________________________